



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in der Geesthachter Ratsversammlung
Markt 15 – 21502 Geesthacht

Fraktion in der Ratsversammlung Geesthacht

Ali Demirhan
Tel.: 04152 – 13-246

Mail: demirhan@aol.de
www.gruene-geesthacht.de
10.03.2017

Antrag für die RV am 10.03.2017

Die Ratsversammlung der Stadt Geesthacht möge den folgenden Antrag/Resolution für die Wiedereinführung der Vermögensteuer beschließen.

1. Die Ratsversammlung der Stadt Geesthacht spricht sich mit allem Nachdruck für die Einführung einer Vermögensteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ bei
(<http://www.vermoegensteuerjetzt.de>).

2. Die Landes-und Bundesregierungen werden schriftlich von der Resolution in Kenntnis gesetzt und werden aufgefordert die Vermögenssteuer auf große Vermögen wieder einzuführen.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht erklärte 1995 die damals erhobene Vermögensteuer für verfassungswidrig, weil Grund- und Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten ungerechtfertigt günstiger behandelt wurde.

Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung ließ die Vermögensteuer daraufhin 1996 auslaufen, anstatt eine verfassungsgemäße Reform in die Wege zu leiten. Durch die an Verkehrswerten orientierte Neubewertung von Immobilien würde den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts genüge getan.

Einer Wiedereinführung einer reformierten Vermögensteuer würde damit verfassungsrechtlich nichts im Wege stehen.

Leider waren die Bundesregierungen seitdem nicht in der Lage Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat für die reformierte Vermögensteuer zu finden, obwohl die Parteien SPD, Grüne und auch die Linke diese Forderung in ihren jeweiligen Parteiprogrammen manifestiert haben.

Zu diesen Forderungen hat sich in den letzten Jahren ein breites Bündnis gegründet: Zu den Erstunterzeichnern gehören u.a. Heiner Geißler (CDU), Katja Kipping (LINKE), Sven Giegold (Grüne), Sigmar Gabriel (SPD), Heiko Maas (SPD), und Rebecca Harms von den Grünen.

Die Initiative „Vermögensteuerjetzt“ wird parteiübergreifend unterstützt.

Viele Städte und Landkreise und Bezirksversammlungen, wie Dortmund, München, Köln, Flensburg oder Trier unterstützen diese Forderungen und haben in ihren Gremien Resolutionen diesbezüglich verabschiedet.

Die Stadt Geesthacht könnte durch den Beitritt zum Bündnis –Vermögensteuerjetzt - ein wichtiges, öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen.

Durch die Erweiterung der kommunalen Aufgaben und Zuständigkeiten sind viele Kommunen bereits handlungsunfähig, da viele Lasten auf sie übertragen wurden. Die Kosten Bspw. für die Kinderbetreuung, Bau von Schulen, Kitas und Flüchtlingshilfe werden nur teilweise oder gar nicht vom Bund oder Land übernommen. Die Ausgabenseite ist auf kommunaler Ebene bereits bis an die Schmerzgrenze reduziert.

Vielmehr brauchen gerade die Bereiche Soziales, Bildung oder Infrastruktur eine noch stärkere und gezielte Ausweitung der Ausgaben, um präventiv agieren zu können und die Stadt zukunftssicher weiterzuentwickeln.

Ein Gemeinwesen hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben erledigt werden können. Die Einführung einer Vermögensteuer kann hier ein wichtiger Baustein zur Lösung dieser Probleme sein.

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer soll mit ausreichenden Freibeträgen für das Betriebsvermögen von Handwerk und Mittelstand ausgestattet sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktion B`90/ Die Grünen
Ali Demirhan